

KRITISCHE ROHSTOFFE FÜR DIE EU EU-ROHSTOFFPARTNERSCHAFTEN AUF DEM PRÜFSTAND

Von **Bernhard Tröster, Simela Papatheophilou** und **Karin Küblböck**

Die EU will ihre Versorgung mit kritischen Rohstoffen sichern – zentral für die grüne und digitale Transformation, aber zunehmend auch für den militärischen Bereich. Seit 2021 hat sie dafür strategische Partnerschaften mit 14 rohstoffreichen Ländern geschlossen. Die EU stellt dabei Kooperationen in Aussicht: Unterstützung für nachhaltigen Bergbau, Investitionen und erhöhte Wertschöpfung. Doch der Erfolg bleibt ungewiss: Die EU-Angebote sind unverbindlich und schwer umzusetzen.

Historische Abhängigkeiten

Die Abhängigkeit Europas von Rohstoffimporten ist kein neues Phänomen. Seit Jahrzehnten kommen immer wieder Sorgen über Versorgungssicherheit und Risiken für die verarbeitende Industrie in Europa auf – insbesondere in Krisenzeiten. Bereits die Ölkrisen der 1970er Jahre machten die Verwundbarkeit der europäischen Volkswirtschaften deutlich.¹ Dennoch blieb der Zugang zu Ressourcen bis in die 1990er Jahre ein politisches Randthema, da die Verfügbarkeit außerhalb von Krisensituationen als weitgehend gesichert galt.² Rohstoffabbau wurde in Europa sogar zurückgefahren und ausgelagert. Doch das rasante Wirtschaftswachstum Chinas ab den frühen 2000er Jahren und Chinas Dominanz bei der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung führten zu einem Umfeld, das den EU-Zugang zu bestimmten Rohstoffen zunehmend verteuerte und erschwerte.³

Zugang zu Rohstoffen als Politikziel

Als Reaktion darauf verabschiedete die EU im Jahr 2008 die Rohstoffinitiative (Raw Materials Initiative, RMI), die auf drei Säulen basiert: Sicherung des Zugangs zu Rohstoffvorkommen weltweit, Förderung europäischer Quellen und Steigerung der Ressourceneffizienz sowie des Recyclings. In der Folgezeit konzentrierten sich die Maßnahmen jedoch vor allem auf die erste Säule, etwa durch Freihandelsabkommen oder Entwicklungspolitiken.⁴

2011 stufte die EU erstmals bestimmte Materialien, bspw. Gallium, Kobalt, Magnesium, seltene Erden oder Tantal, – basierend auf ihrer hohen wirtschaftlichen Bedeutung und erheblichen Versorgungsrisiken – als kritisch ein. Seitdem hat sich die Anzahl der kritischen Rohstoffe auf dieser Liste von 14 im Jahr 2011 auf 34 im Jahr 2023 mehr als verdoppelt, was die wachsende Besorgnis über Ressourcenabhängigkeiten widerspiegelt.

Neue geopolitische Herausforderungen

Der langfristige Haupttreiber für den steigenden und veränderten Bedarf nach bestimmten Rohstoffen ist die grüne und digitale Transformation. Die Umstellung auf erneuerbare Energien und digitale Innovationen, aber auch die Rüstungs- und Raumfahrtsektoren benötigen mehr und andere Rohstoffe. Prognosen für kritische Rohstoffe zeigen, dass sich die Versorgung in den nächsten zwei Jahrzehnten vervielfachen muss, um allein das angestrebte Ziel einer nicht mehr von fossilen Energieträgern abhängigen Wirtschaft zu erreichen.⁵

Gleichzeitig zeigten die Pandemie, Kriege und zunehmende geopolitische Spannungen, dass sich Europa nicht mehr auf globale Produktionsnetzwerke verlassen kann. Sowohl die COVID-19 Pandemie als auch der Krieg in der Ukraine haben die Risiken von

EU-Industriepolitik erfordert neue Instrumente in der Rohstoffpolitik.

Neue Ansätze für mehr EU- Kapazitäten und bessere externe Versorgung

Versorgungslücken durch die Abhängigkeit von globalen Lieferketten deutlich aufgezeigt.⁶ Auch im Handelskrieg zwischen den USA und China werden immer wieder Ausfuhrbeschränkungen, Zölle oder andere Handelshindernisse für bestimmte kritische Rohstoffe von beiden Parteien herangezogen.⁷ Vor dem Hintergrund, dass Europa insbesondere von China im Bezug kritischer Rohstoffe abhängig ist, sorgt das für Besorgnis in der EU. Bereits der 2020 verabschiedete EU-Aktionsplan zu kritischen Rohstoffen⁸ betonte die Bedeutung widerstandsfähiger Wertschöpfungsketten, zirkulärer Wirtschaft und strategischer Autonomie in Schlüsselsektoren. Er griff damit nicht nur den Energie- und Technologiebedarf auf, sondern unterstrich auch die Bedeutung industriepolitischer Strategien zum Aufbau europäischer Produktionskapazitäten für Produkte der Energie- und Digitalwende.

Die Importabhängigkeit der EU bei vielen kritischen Rohstoffen ist hoch – bei manchen Materialien, wie Bor, Magnesium, Titanmetall, Seltenerdmetallen und Platingruppenmetallen, liegt sie sogar bei nahezu 100 %. Darüber hinaus werden bestimmte kritische Rohstoffe nur in wenigen Ländern gewonnen. 92 % des weltweit gewonnenen Niobs stammen beispielsweise aus Brasilien. Nur drei weitere Länder fördern nennenswerte Mengen des kritischen Rohstoffs.⁹ 95 % des weltweit gewonnenen Lithiums stammt aus nur 5 Ländern.¹⁰ Zudem ist die Verarbeitung der meisten kritischen Rohstoffe stark in China konzentriert. Beides erhöht Abhängigkeiten und Versorgungsrisiken.

Um den Aufbau europäischer Produktionskapazitäten – unterstützt durch Industriepolitik – zu ermöglichen, ist ein sicherer und verbesserter Zugang zu kritischen Rohstoffen unerlässlich.

Eigene Versorgung reicht nicht aus

Ein zentraler Pfeiler dieser Strategie ist der Ausbau der Rohstoffgewinnung innerhalb Europas. Der Critical Raw Materials Act (CRMA)¹¹ schafft hierfür erstmals eine gesetzliche Grundlage. Er zielt darauf ab, Europas Kapazitäten zur Gewinnung, Verarbeitung und zum Recycling bestimmter Rohstoffe zu stärken und Versorgungsunterbrechungen zu minimieren.

Zu diesem Zweck wurde innerhalb der Liste kritischer Rohstoffe eine neue Untergruppe von 17 sogenannten strategischen Rohstoffen (Strategic Raw Materials, SRMs) eingeführt. Sie beinhaltet Metalle wie Seltene Erden, Kupfer, Lithium, natürlicher Grafit oder Wolfram. Der CRMA legt Zielwerte für die heimische Gewinnung, Verarbeitung und das Recycling dieser Rohstoffe fest: bis 2030 sollen in der EU 10 % der strategischen Rohstoffe für den europäischen Bedarf gefördert, 40 % verarbeitet und 25 % recycelt werden. Zudem sollten nicht mehr als 65 % der Importe eines strategischen Rohstoffs aus einem einzigen Land stammen. Diese Vorgaben sind rechtlich nicht bindend, dienen jedoch als politische Leitlinie.

Doch selbst bei Erreichen dieser Ziele bliebe die EU stark von Importen abhängig: 90 % der benötigten SRMs würden weiterhin außerhalb Europas abgebaut und 60 % in Drittstaaten verarbeitet. Importe bleiben somit weiterhin die Hauptquelle für strategische Rohstoffe.

Um den Zugang zu Rohstoffen aus Ländern außerhalb der EU zu verbessern, hat die EU verschiedene Instrumente adaptiert bzw. neu entwickelt. Eines dieser Instrumente sind die sogenannten strategische Rohstoffpartnerschaften mit Drittstaaten.

Kritische Rohstoffe für die EU: EU-Rohstoffpartnerschaften auf dem Prüfstand



EU-Rohstoffpartnerschaften

Seit 2021 hat die EU insgesamt 14 strategische Partnerschaften abgeschlossen und das Tempo der MoU-Unterzeichnungen hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.

Rohstoffpartnerschaften als neuer Ansatz

Strategische Rohstoffpartnerschaften sind unverbindliche Vereinbarungen zwischen der EU und einem Drittstaat über die Gewinnung und Verarbeitung kritischer Rohstoffe. Sie bestehen aus einer allgemeinen Absichtserklärung (Memorandum of Understanding; MoU) und einem detaillierten Fahrplan, der gemeinsam von der EU und den Partnerregierungen entwickelt wird. Laut der begleitenden Mitteilung der Europäischen Kommission zum CRMA zielen diese Partnerschaften darauf ab, die Rohstoff-Wertschöpfungsketten der EU mit jenen der Partnerländer zu verknüpfen. Sie sollen dazu beitragen, regulatorische Rahmenbedingungen zu verbessern, Umwelt- und Sozialstandards zu sichern, Investitionen und nötige Infrastrukturfinanzierung zu mobilisieren, widerstandsfähige und nachhaltige Lieferketten für kritische Rohstoffe aufzubauen und die Entwicklung von Fachkräften zu fördern.¹²

Die strategischen Partnerschaften sollen also dazu beitragen, direkte und zuverlässige Zugangswege für europäische Unternehmen zu schaffen, um Lieferverträge mit

bestehenden oder potenziellen Rohstoffprojekten in Drittstaaten abzuschließen. Unterstützende politische und finanzielle Maßnahmen wie Explorationsinitiativen, Nachhaltigkeitsprogramme, Mobilisierung von Investitionen und Infrastrukturfinanzierung sollen Anreize für Regierungen und Bergbauunternehmen in Drittstaaten bieten, solche Verträge mit europäischen Abnehmern einzugehen. Mittel- bis langfristig soll daraus auch mehr Wertschöpfung generiert werden, etwa durch eine stärkere Verarbeitung vor Ort anstelle von reinem Export unverarbeiteter Rohstoffe, vor allem in Ländern des Globalen Südens.

14 Partnerschaften mit gemeinsamem Kern

Seit 2021 hat die EU insgesamt 14 strategische Partnerschaften abgeschlossen und das Tempo der MoU-Unterzeichnungen hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht (siehe Grafik). MoUs bestehen mit Kanada und der Ukraine (beide 2021), Kasachstan und Namibia (beide 2022), Argentinien, Chile, Sambia, der Demokratischen Republik Kongo und Grönland (alle 2023) sowie mit

14 individuelle Abkommen wurden bisher geschlossen

Ruanda, Norwegen, Usbekistan, Australien und Serbien (alle 2024)¹³ – also mit Partnerländern auf allen Kontinenten.

Eine Analyse der verschiedenen Memoranden (MoUs) zeigt, dass der grundlegende Aufbau der Partnerschaften einander sehr ähnlich ist. So beruhen die Vereinbarungen auf vier zentralen Säulen:

- der Entwicklung und Integration von Rohstoff-Wertschöpfungsketten,
- der Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung,
- der Förderung von Umwelt-, Sozial- und Governance-(ESG)-Kriterien und -Standards,
- sowie der Nutzung von Finanzierungs- und Investitionsinstrumenten für Rohstoffprojekte.

Aber deutliche Unterschiede

Der Umfang der Vereinbarungen variiert jedoch deutlich. Während einige MoUs sehr knappgehalten sind, wie etwa das Abkommen mit Kanada mit nur einer Seite oder jenes mit Australien und der Demokratischen Republik Kongo mit jeweils 3 Seiten, umfassen andere bis zu 13 Seiten (Serbien). Daher bestehen Unterschiede im Detailgrad der thematischen Säulen, die durchaus die Gegebenheiten und Anforderungen in den einzelnen Partnerländern widerspiegeln. Einzelne Abkommen beinhalten Themen wie Infrastruktur oder regulatorische Angleichung, andere nicht. Einige Partnerschaften sehen konkrete Schritte z.B. in der Forschungs- und Innovationskooperation vor, während andere in diesem Bereich lediglich allgemeine Ziele formulieren.

Ebenso beziehen sich die Partnerschaften auf unterschiedlich viele Rohstoffe. Nur fünf der 14 strategischen Partnerschaften, näm-

lich jene mit Argentinien, Australien, Chile, der DR Kongo und Sambia umfassen ausschließlich kritische Rohstoffe. Die Mehrheit der MoUs hingegen deckt grundsätzlich alle Rohstoffe ab und enthält lediglich eine Bestimmung, wonach der Fokus auf CRMs liegen soll. Infolgedessen können Projekte unter diesen Partnerschaften auch auf andere Rohstoffe ausgerichtet sein.

Anreize für Partnerländer

Die Partnerschaften zielen darauf ab, durch Anreize für Partnerländer und dort tätige Bergbauunternehmen die direkte Belieferung europäischer Lieferketten mit Rohstoffen ausreichend attraktiv zu machen. Dazu zählen die Schaffung von "gegenseitigen Vorteilen" und Mobilisierung von Investitionen im Bergbaubereich sowie Förderung von Nachhaltigkeit. Während die Vorteile für die EU mit der Versorgung mit kritischen und anderen Rohstoffen feststehen, unterscheiden sich die Abkommen in Bezug auf mögliche Vorteile für die Partnerländer erheblich. Mehrere Abkommen nennen die Ziele, den lokalen Mehrwert zu steigern (Argentinien, Kasachstan, Chile), Industrialisierung (Argentinien) und Upgrading (Kasachstan) – also die Übernahme komplexerer und profitablerer Tätigkeiten in der Wertschöpfungskette – zu unterstützen. Andere erkennen lediglich die politischen Ziele einer höheren lokalen Wertschöpfung und lokaler Transformationskapazitäten an (Sambia). Allerdings bleibt unklar, ob und wie diese Anreize in der Realität umzusetzen sind.

Im Fall Serbiens wird das Ziel wirtschaftlicher Vorteile über die Integration in europäische Wertschöpfungsketten am deutlichsten konkretisiert. Hier werden Abnahmeverträge und Investitionen öffentlicher und privater Akteure in eine Lithium-Batteriefabrik, die mit dem geplanten (und kontroversen)

Anreize sind unverbindlich und schwer umsetzbar

Jadar Lithium-Bergbauprojekt verbunden ist, genannt.¹⁴ In anderen Fällen bleibt der zentrale Begriff „Wertschöpfungskettenintegration“ undefiniert.

Insgesamt bleibt weitgehend unklar, wie genau Vorteile für Partnerländer entstehen sollen. Dies ist problematisch, da die Entwicklung extraktiver Projekte die Rohstoffabhängigkeit ressourcenreicher Länder potenziell verstärken kann. Diese geht generell mit eingeschränkter wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung einher.¹⁵ Darüber hinaus zeigen Studien, dass Upgrading im Bergbausektor – also z.B. die Schaffung von Verarbeitungskapazitäten – häufig an erheblichen Herausforderungen scheitert.¹⁶ Dazu zählen die Dominanz multinationaler Konzerne, begrenzte finanzielle und politische Handlungsspielräume sowie fehlende infrastrukturelle Voraussetzungen.

Mehr Finanzierung durch De-risking

Der Zugang zu Finanzierung von Rohstoffprojekten und der damit verbundenen Infrastruktur wird in den Abkommen als weiterer Anreiz für Partnerländer genannt. Alle Absichtserklärungen erwähnen zumindest den Einsatz von Instrumenten zur Risikominderung durch öffentliche Institutionen, um damit die private Finanzierung von Rohstoffprojekten zu fördern. Die Partnerschaften mit der DR Kongo, Sambia, Grönland und Ruanda nehmen auch die Erleichterung der Finanzierung von Infrastrukturprojekten auf. Dafür soll vor allem die Global Gateway Strategie der EU genutzt werden.¹⁷ Davon erhofft man sich gegenseitige positive Effekte – auf der einen Seite die Ermöglichung von Bergbauprojekten und dem Export der Rohstoffe und auf der anderen Seite Verkehrs- und Energieinfrastruktur auch für andere Zwecke als die des Bergbaus. Die EU setzt daher auf den bekannten Ansatz

der Mittelkombination (sog. Blending), der durch Zuschüsse öffentlicher Mittel Risiken von Projekten für private Investoren reduzieren und damit deren Kapital mobilisieren will (De-risking).¹⁸ Der Erfolg solcher Instrumente hängt davon ab, ob sich die Interessen privater Investoren mit öffentlichen Interessen in Einklang bringen lassen.¹⁹ Mangels Projekten gibt es bisher jedoch nur wenig Expertise bei der Finanzierung von Rohstoffprojekten in Drittstaaten über diese europäischen Finanzinstrumente.

Weitere Kritikpunkte

Die verstärkte Nachfrage nach Bergbau führt zu verschiedensten Umweltproblemen, wie Biodiversitätsverlust aufgrund von massivem Landverbrauch.²⁰ Auch für Menschen in Bergbaugebieten hat Bergbau Schattenseiten, wie die zahlreichen Bergbaukonflikte belegen.²¹ Mehr als die Hälfte der Minerale für die Energiewende befinden sich auf oder in unmittelbarer Nähe des Lands von indigenen Gruppen oder Landwirtschaft-betreibender Bevölkerung. Diese Gruppen sind besonders vulnerabel gegenüber den negativen lokalen Auswirkungen wie hoher Land- und Wasserverbrauch oder Verschmutzung, die mit Bergbau oft einhergehen.²²

Vor diesem Hintergrund weisen Kritiker:innen auf weitere problematische Aspekte der Partnerschaften hin. Diese gehen in der Regel nicht auf illegale und unverantwortliche Bergbaupraktiken ein, vernachlässigen Antikorruptionsmaßnahmen und bieten nur minimale Transparenzanforderungen.²³ Zudem sind die Ziele in den Abkommen für mehr Nachhaltigkeit im Bergbausektor, wie auch in anderen Instrumenten der EU, nicht rechtlich verbindlich. Die Abkommen mit Ländern wie Sambia, der DR Kongo und Ruanda enthalten zwar Rückverfolgbarkeits- und Transparenzstandards aufgrund

von Bedenken bezüglich Schmuggel und Bergbau, in anderen Partnerschaften fehlen diese Aspekte. Insbesondere die Strategische Partnerschaft mit Ruanda steht diesbezüglich in der Kritik. Denn trotz bestehender Vereinbarungen scheint der Rohstoffschmuggel – der in erheblichem Maße zum Bürgerkrieg in der benachbarten DR Kongo beiträgt – weiterzubestehen.²⁴

Wirkung des Ansatzes noch ungewiss, aber neue Instrumente sind schon am Start

Darüber hinaus war vorgesehen, dass Roadmaps, die die Details der Vereinbarungen und idealerweise auch konkrete Projekte enthalten, spätestens sechs Monate nach dem Abschluss der MoUs finalisiert werden. In den meisten Fällen wurden diese jedoch nicht veröffentlicht, was die Frustration der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen verstärkt, die beanstanden, dass die Versprechen der MoUs zu „Transparenz“ und „Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft“ nicht eingehalten wurden.²⁵ Im Gegenteil, es gibt konkrete Fälle, in denen Strategische Partnerschaften politisch genutzt werden, um Projekte gegen zivilgesellschaftlichen Widerstand voranzutreiben.²⁶ Das betrifft insbesondere das oben bereits erwähnte Jadar Lithium-Bergbauprojekt in Serbien, welches im Zentrum der Strategischen Rohstoffpartnerschaft zwischen der EU und Serbien steht. Denn Kritiker:innen des Projekts befürchten massive Umwelteinriffe, insbesondere die Verseuchung des Grundwassers mit Schwermetallen, und werfen der serbischen Regierung vor, in den Genehmigungsprozess der geplanten Mine eingegriffen zu haben.²⁷

Unsichere Umsetzung

Mit den Strategischen Rohstoffpartnerschaften weitet die EU ihr bisheriges Instrumentarium in der Rohstoffpolitik gegenüber Drittstaaten aus. Diese Abkommen spiegeln den industriepolitischen Ansatz für die grüne

und digitale Transformation im externen Bereich der Rohstoffversorgung wider. Der Aufbau neuer Produktionskapazitäten in der EU soll aktiv durch Vereinbarungen mit rohstoffreichen Ländern unterstützt werden, die die Integration von Abnehmerbeziehungen zwischen Abnehmern in der EU und Rohstoffprojekten in diesen Ländern fördern.

Damit präsentiert sich die EU als sicherer Partner für rohstoffreiche Länder, die nachhaltig davon profitieren sollen. Nach innen wird gleichzeitig den Unternehmen in der EU signalisiert, dass über die Kooperationen die Rohstoffbeschaffung in den Partnerländern langfristig gesichert werden soll.

Derzeit ist jedoch unklar, ob die verbesserte Versorgung durch EU-Partnerschaftsabkommen wirklich realisiert werden kann, da keine konkreten Projekte oder Abnahmeverträge bekannt sind. Die von der EU angebotenen Anreize – wie nachhaltigerer Bergbau, höhere Investitionen und beiderseitige wirtschaftliche Vorteile – bleiben unverbindlich und in der Praxis schwer umzusetzen. Dies ist vor allem auf das Fehlen durchsetzbarer Nachhaltigkeitsvorgaben sowie einer kohärenten Strategie zur Förderung von Investitionen und zur Steigerung der Wertschöpfung im Rohstoffsektor zurückzuführen.

Gleichzeitig hat die neue Europäische Kommission bereits mit den Clean Trade and Investment Partnerschaften (CTIPs) ein neues Instrument für Partnerschaften vorgestellt, das wiederum neue Prioritäten wie Förderung der Wettbewerbsfähigkeit widerspiegelt.²⁸ Diese neuen Partnerschaften sollen Freihandelsabkommen ergänzen oder ermöglichen und dabei über Handels- und Investitionsregulierungen und regulatorische Kooperationen den verbesserten Zugang zu Rohstoffen beinhalten. Dies deutet auch an,

Kritische Rohstoffe für die EU: EU-Rohstoffpartnerschaften auf dem Prüfstand

dass traditionelle Instrumente wie Freihandelsabkommen und die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen trotz neuer Ansätze prioritär für die EU bleiben.

Somit gibt es weiterhin keine Instrumente und Strategien in der EU-Rohstoffpolitik, mit denen die Interessen der EU mit den Entwicklungsbedürfnissen der Partnerländer effektiv in Einklang gebracht werden können. Solche Ansätze müssen vor allem den politischen

Spielraum für Industrialisierungsstrategien in rohstoffreichen Ländern ermöglichen und aktiv fördern und dabei sicherstellen, dass Umwelt- und Sozialstandards wirksam durchgesetzt werden können.

Bernhard Tröster, ÖFSE
b.troester@oefse.at

Simela Papatheophilou, ÖFSE
s.papatheophilou@oefse.at

Karin Küblböck, ÖFSE
k.küblböck@oefse.at

- 1 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1975): Die Rohstoffversorgung der Gemeinschaft, COM (75)50, zuletzt abgerufen am 6.5.2025.
- 2 Montanuniversität Leoben (2004): Minerals Planning Policies and Supply Practices in Europe, zuletzt abgerufen am 24.5.2025.
- 3 Küblböck, Karin & Tröster, Bernhard & Ambach, Christoph (2019): Going Global: Chinese natural resource policies and their impacts on Latin America, ÖFSE Briefing Paper 24, zuletzt abgerufen am 6.5.2025.
- 4 Küblböck, Karin (2013): The EU Raw Materials Initiative – Scope and Critical Assessment, ÖFSE Briefing Paper 8, zuletzt abgerufen am 16.1.2025.
- 5 Gregoir, Liesbet & van Acker, Karel (2022): Metals for Clean Energy: Pathways to solving Europe's raw materials challenge, KU Leuven, zuletzt abgerufen am 6.5.2025; International Energy Agency (2024): Global Critical Minerals Outlook 2024, zuletzt abgerufen am 6.1.2025.
- 6 European Commission (2023): eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52023SC0161, SWD(2023) 161 final, zuletzt abgerufen am 15.5.2025.
- 7 Bastian, Dennis (2025): Lithium und Gallium: China plant Ausfuhrbeschränkungen, In: Ingenieur.de 30.1.2025, zuletzt abgerufen am 3.2.2025.
- 8 eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0474, zuletzt abgerufen am 21.5.2025.
- 9 SCRREEN (2024): Factsheets Updates based on the EU Factsheets 2020 Niobium, zuletzt abgerufen am 15.5.2025.
- 10 SCRREEN (2024): Factsheets Updates based on the EU Factsheets 2020 Lithium, zuletzt abgerufen am 15.5.2025.
- 11 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202401252, zuletzt abgerufen am 21.5.2025.
- 12 Europäische Kommission (2023): Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Eine sichere und nachhaltige Versorgung mit kritischen Rohstoffen zur Förderung des grünen und digitalen Wandels, COM (2023) 165 final, zuletzt abgerufen am 6.5.2025.
- 13 Europäische Kommission (2024): Raw Materials Diplomacy, zuletzt abgerufen am 6.5.2025.
- 14 DW (2024): EU und Serbien schließen Abkommen zur Lithium-Förderung, zuletzt abgerufen am 29.1.2025.
- 15 Tröster, Bernhard & Küblböck, Karin (2020): Unprecedented but not Unpredictable: Effects of the COVID-19 Crisis on Commodity-Dependent Countries | The European Journal of Development Research. In: The European Journal of Development Research 32(5), S. 1431, zuletzt abgerufen am 6.5.2025.
- 16 Pietrobello, Carlo & Calzada Olvera, Beatriz & Izuka, Michiko & Torres Mazzi Caio (2024): Suppliers' entry, upgrading, and innovation in mining GVCs: lessons from Argentina, Brazil, and Peru | Industrial and Corporate Change | Oxford Academic, In: Industrial and Corporate Change 33, S. 937, zuletzt abgerufen am 6.5.2025.
- 17 Europäische Kommission (2023): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Eine sichere und nachhaltige Versorgung mit kritischen Rohstoffen zur Förderung des grünen und des digitalen Wandels, COM(2023) 165 final, zuletzt abgerufen am 15.5.2025.
- 18 Küblböck, Karin & Grohs, Hannes (2019): Blended Finance and its potential for development cooperation, ÖFSE Briefing Paper 21, zuletzt abgerufen am 22.4.2025.
- 19 Gabor, Daniela (2023). The (European) Derisking State, SocArXiv, zuletzt abgerufen am 4.5.2025.
- 20 Bridge, Gavin (2004): CONTESTED TERRAIN: Mining and the Environment | Annual Reviews. In: Annual Review of Environment and Resources 29(1), S. 205–259. <https://doi.org/10.1146/annurev.energy.28.011503.163434>, zuletzt abgerufen am 15.5.2025; Maus, Victor & Giljum, Stefan & da Silva, Dieison M. et al. (2022): An update on global mining land use. In: Sci Data 9, S. 433, zuletzt abgerufen am 15.5.2025.
- 21 Business & Human Rights Resource Centre (2025): Transition Minerals Tracker, zuletzt abgerufen am 15.5.2025.
- 22 Owen, John R. & Kemp, Deanna & Lechner, Alex. M. & Harris, Jill & Zhang, Ruilian & Lèbre, Éléonore (2022): Energy transition minerals and their intersection with land-connected peoples, in: Nature Sustainability 6 (2), S. 203–211.
- 23 Fern & SOMO & EU Raw Materials Coalition & Publish What You Pay & European Environmental Bureau & Seas At Risk & PowerShift & milieudéfense & National Resource Governance Institute & Brot für die Welt (2023): A Partnership of Equals_01.pdf, zuletzt abgerufen am 11.4.2025.
- 24 Eulerpool News (2025): Belgien ermittelt gegen Apple wegen mutmaßlicher Verwendung von Konfliktmineralien aus dem Kongo, In: Klamm.de 21.1.2025, zuletzt abgerufen am 4.2.2025; Kopp, Alex (2024): EU minerals pact with Rwanda: a green light for DR Congo plunder? In: EU Observer 18.10.2024, zuletzt abgerufen am 4.2.2025; Global Witness (2025): New investigation suggests EU trader Traxys buys conflict minerals from DRC, zuletzt abgerufen am 22.4.2025.
- 25 Lobacheva, Mariya & Sedova, Tatyana (2024): The Kazakhstan-EU Partnership on Critical Raw Materials, Germanwatch, zuletzt abgerufen am 29.1.2025.
- 26 Rhotert, Alexander (2025): Scholz, Brantner und Vucic: Von einem Deal, der viele Verlierer und nur einen Sieger hervorbringt. In: Berliner Zeitung 22.1.2025, zuletzt abgerufen am 4.2.2025.
- 27 DW (2024).
- 28 Europäische Kommission (2025): Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Der Deal für eine saubere Industrie. Ein gemeinsamer Fahrplan für Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung, COM (2025) 85 final, zuletzt abgerufen am 6.5.2025.



BESTELLEN!

Unter
<https://wien.arbeiterkammer.at/Newsletter.html>

können Sie den EU-Infobrief
kostenlos bestellen.

infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der EU-Infobrief erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.